Deutsch-Ostafrikanische Zeitung.

Mit den Gratisbeilagen:
„Amtlicher Anzeiger für Deutsch-Ostafrika“ und „Illustrierte Unterhaltungsbeilage“.

Publikationsorgan der Wirtschaftlichen Vereinigung von Daressalam und Hinterland, des Landwirtschaftlichen Vereins, des Wirtschaftlichen Vereins Lindi und des Wirtschaftlichen Verbandes Rufiji.

Daressalam 12. April 1913 | Erscheint zweimal wöchentlich | Bezugspreis: für Daressalam vierteljährlich 4 Rp., für die übrigen Teile Deutsch-Ostafrikas vierteljährlich einschließlich Porto 5 Rp. Für Deutschland und sämtliche deutsche Kolonien vierteljährlich 6 Mk. Für sämtliche übrigen Länder halbjährlich 14 m. „Amtlicher Anzeiger für Deutsch-Ostafrika“, allein bezogen, jährlich 4 Rp. oder 12 Mk. Bestellungen auf die D.-O.-A. Zeitung und ihre Nebenblätter werden von der Geschäftsstelle in Daressalam (D.-O.-A.) und dem Büro, Berlin NW, Wilhelmstraße 14, sowie von sämtlichen deutschen und österreichisch-ungarischen Postanstalten entgegengenommen. | Anzeigengebühren: für die 6-gespaltene Petitzeile 35 Heller oder 50 Pfg. Mindestsatz für eine einmalige Anzeige 2 Rp. oder 1 Mk. Für Familienanzeigen sowie größere Anzeigenaufträge tritt eine entsprechende Preisermäßigung ein. Anzeigen nehmen die Geschäftsstelle in Daressalam und das Büro, Berlin NW, Wilhelmstraße 14, sowie sämtliche größeren Annoncen-Expeditionen entgegen. Geschäftsstelle in Daressalam: Telegramm-Adresse: Zeitung Daressalam. Büro in Berlin: NW., Wilhelmstraße 14. | Jahrgang XV. Nr. 30

Der Abdruck unserer Originalartikel ist nur mit voller Quellenangabe gestattet.

Berliner Telegramme.

Stellungnahme der Parteien zur Wehrvorlage.

Berlin, 11. April (W. T.). Die Debatte über die Wehrvorlage ergab eine weitgehende Uebereinstimmung der bürgerlichen Parteien, vor allen Dingen über die Notwendigkeit der Heeresverstärkung, ebenso über den einmaligen Wehrbeitrag, dagegen bestehen starke Meinungsverschiedenheiten über die anderen Deckungsvorlagen.

Beginn der Blockade.

Berlin, 11. April (W. T.). Die Mächte verhängten die Blockade über die montenegrinische Küste.

Völlige Aussöhnung mit den Welfen.

Berlin, 11. April (W. T.). Das Herzogpaar von Cumberland ist in Homburg zum Besuch des Kaiserpaares eingetroffen. Der Herzog erhielt den Schwarzen Adlerorden.

Eigene Drahtnachricht der D. O. A. Z. vom 12. April:

Nachgeben der Balkanstaaten.

Belgrads gesamte Presse bestätigt Einstellung der Feindseligkeiten der Serben vor Skutari.

Zwei Reden.

I. Der Reichskanzler zur Wehrvorlage.

Das Wolff'sche Büro hat diesmal seine Pflicht gelan und uns ausführlich unterrichtet über die bedeutsamste Rede, welche Herr von Bethmann Hollweg, seit er mit dem Amte des Reichskanzlers betreut wurde, gehalten hat. (Wegen des Wortlautes der Wolff'schen Meldung verweisen wir hier nochmals auf die erste Beilage unserer vorigen Nummer, die Red.). Aus dieser Rede, mit welcher der höchste Beamte des Reichs di Einbringung der Wehrvorlage vor dem Reichstag begründet hat, spricht eine so erfreuliche Bestimmtheit und klare Auffassung der ganzen politischen Lage, wie wir sie leider allzulange gerade an dieser verantwortlichen Stelle vermissen mußten. Ihr war dann auch ein ganzer Erfolg vor dem Reichstag beschieden; sämtliche bürgerlichen Parteien bezeugten der Regierung durch ihren Beifall ihre Zustimmung, nur die „unentwegten“ Sozialdemokraten, die in dem erneuten Anschwellen deutschen Selbstgefühls das Grab ihrer internationalen und kommunistischen Hoffnungen erblicken, schwiegen. Wir wollen hoffen, daß der gewaltige Eindruck, den die Rede des Kanzlers und die Zustimmung der überwiegenden Mehrheit des Reichstags zu ihr in der ganzen Welt gemacht hat, nicht abgeschwächt wird durch nachfolgendes kleinliches Gezänk über Einzelfragen.

Doch nun zu den Ausführungen des Reichskanzlers selbst. Die Gefahren, welche unser deutsches Vaterland gerade in letzter Zeit bedroht haben und auch noch bedrohen, finden in ihr eine kurze, klare Würdigung und die Möglichkeit eines Kampfes auf Tod und Leben wird ruhig ins Auge gefaßt. Drohender Zusammenstoß des Germanentums mit den Slaventum, das ist die knappe Formel, welche alle Gefahrpunkte umfaßt. (Ein leises pater peccavi, ein leises Schuldbekenntnis klingt durch bei der Erwähnung der Verschiebung des europäischen Gleichgewichts im Südosten Europas, wo jetzt an Stelle der dem Deutschtum befreundeten Türken die Slawen treten. Diese Ausführungen gewinnen noch eine besondere Note dadurch, daß einer Reutermeldung zufolge kurz vor der Rede des Reichskanzlers Herr von Jagow betonte, Deutschland könne einer Gefährdung der asiatischen Türkei in der Frage der ägäischen Inseln nicht zustimmen. Das mag hier noch besonders hervorgehoben werden, gegenüber der bekannten Tendenz Englands, sich als alleiniger Freund und Beschützer der asiatischen Türkei hinzustellen.

Daß bei der Erkenntnis der vom Panslawismus drohenden Gefahr die Bundestreue des deutschen Reiches Oesterreich gegenüber, auch über den Rahmen rein diplomatischer Unterstützung hinaus, betont wird, ist eigentlich selbstverständlich, aber hier umso wertvoller, als infolge einiger ungeschickter Aeußerungen Zweifel über das „hinaus“, über die auch nötigenfalls militärische Unterstützung unseres Bundesgenossen bestehen konnten.

Daß sich Frankreichs Revanchegelüste hoffend an den bestehenden germanisch-slawischen Gegensatz anklammern, ist kein Geheimnis, erfreulich nur, daß diesmal der Reichskanzler klar diese Zusammenhänge beleuchtet hat. Der recht einseitige englische Vorschlag über die Pause im Schiffsbau erfährt eine recht kühle Behandlung, wenn auch unter Anerkennung des freundlicheren Tones, der seit einiger Zeit von jenseit des Kanales zu uns herüberschallt. Uns scheint die Betonung des germanisch-slawischen Gegensatzes, nicht des deutsch-slawischen, für die englischen Staatsmänner einen Fingerzeig zu enthalten, wie eine Einigung der beiden germanischen Vettern zu erzielen ist. Wir haben schon in unsern Betrachtungen zu der Rede Winston Churchills auf diese Einigungsmöglichkeit hingewiesen. (Siehe unseren Artikel „Rede Winston Churchills zum Marineetat im englischen Unterhause und Deutschland“ in der Beilage unserer Nr. 27 vom 2. April d. J., die Red.) Das gegenwärtige Bündnis Englands mit Frankreich und Rußland ist ein unnatürliches und nur diktiert worden von blindem Neid und selbstmörderischem Haß gegen die dem Engländer an sich viel näher stehenden Deutschen. Zum Beweise der Richtigkeit dieser Auffassung genügt ein Blick in die Geschichte, auf den jahrhundertelangen blutigen französisch-englischen Gegensatz und die heftige englisch-russische Rivalität in Asien. Hat man schon vergessen, daß im russisch-japanischen Krieg nicht Japan, sondern England der eigentliche Sieger war, dessen Geld den Japanern die Führung des Krieges erst ermöglichte?

Der Reichskanzler hat auch diesmal wieder die Friedensliebe des Deutschen Reiches betont und darauf hingewiesen, daß gerade ein starkes Deutschland die beste Gewähr für die Erhaltung des Friedens biete. Ebenso klar geht aber erfreulicherweise aus seiner Rede auch hervor, daß wir zum Schutze unseres Reichs auch vor der Waffenentscheidung nicht zurückschrecken werden. Um für den Ernstfall die Gewähr des Sieges zu haben, deswegen verstärken wir unser Heer. Das sind Worte, die, wenn ihnen, wie zu hoffen steht, die Taten auf dem Fuße folgen, ihren Eindruck auf die uns umgebenden Feinde und Neider nicht verfehlen werden. Mit ihnen ist eine Politik angekündigt, der jeder vaterlandsliebende Deutsche nur mit Begeisterung zustimmen kann.

II. Der sozialdemokratische Wortführer über unsere Kolonialpolitik.

Sowenig wie den Sozialdemokraten die vorstehenden Ausführungen gefallen werden, ebensowenig haben uns die Ausführungen gefallen, welche der Wortführer die Sozialdemokratie über die deutsche Kolonialpolitik im Reichstag gemacht hat. Es ist eigentlich schade, sich nach der Rede des Reichskanzlers noch mit der Rede des Abgeordneten Henke befassen zu müssen, aber in seinen Worten, die jetzt unseren Lesern völlig vorliegen, finden sich doch einige Punkte, die unseren Widerspruch herausfordern. Im allgemeinen kann man seine Ausführungen über unsere Pflanzer und Farmer, über Eingeborenen- und Arbeiterfrage, über kapitalistische Ausbeutung, Herzlosigkeit der Arbeitgeber in den Schutzgebieten unbeachtet lassen, da sie sich durch die Bank als „durch Sachkenntnis ungetrübt“ erweisen. Was soll man sich mit einem Blinden streiten, der langatmige und unzutreffende Ausführungen über Farben macht? Nun hat aber, um Einiges herauszugreifen, der Abgeordnete Henke die farbigen Arbeiter in den Schutzgebieten als Brüder der deutschen Arbeiter gefeiert, und den farbigen Arbeitern die volle Unterstützung, nicht ihrer weißen Kollegen, denn die würden sich bei näherer Bekanntschaft für diese Brüderschaft bestens bedanken, wohl aber der Sozialdemokratie zugesichert. Theorie und Praxis! Theoretisch klingt das ja alles sehr schön, gleiches Recht auf Arbeit, gleiche Menschenrechte überhaupt, aber leider hat die Praxis, auch die sozialdemokratische Praxis mit diesen schönen Theorien nichts gemein. Wir erinnern nur an die u. E. nicht unberechtigte Entrüstung der sozialdemokratischen Presse über Einstellung farbiger Kulis und Matrosen auf deutschen Schiffen, „die ihren Parteigenossen gegen Hungerlöhne das Brot wegnehmen, usw.“ Der farbige Kuli hungerte aber nicht bei den ihm gezahlten Geldern, sondern machte noch hübsche Ersparnisse und lebte von ihnen nachher in seiner Heimat horribile dictu als „bourgeois“ und „Kapitalist.“ Also dem Mitleid mit den Farbigen kann das damalige Toben der sozialdemokratischen Presse nicht entsprungen sein. Nun, in der Praxis stellte sich eben die schöne theoretische Phrase des gleichen Rechtes auf Arbeit für alle Menschen, für Weiße und Farbige, auch für die weißen Sozialdemokraten als unpraktisch dar.

Das weiß der sicher nicht unintelligente Abgeordnete Henke wahrscheinlich ebenso gut wie wir. Aber es gehört zu seinem Parteidogma, „unentwegt“ zu sein, und so setzt er sich über solche tatsächlichen Hindernisse im Plätscherton der Phrase leicht hinweg. Daß er in seiner „Unentwegtheit“ und „Unkenntnis“ kolonialer Verhältnisse kein Verständnis für die Entrüstung deutscher Frauen über den „Mischehenbeschluß“ des Reichstags hat, braucht niemand zu verwundern, daß er aber diese begründete Entrüstung auf gleiche Stufe zu stellen wagt mit dem sittenlosen und verächtlichen Ausnahmeverhalten einiger Weiber in der Heimat Farbigen gegenüber, das beweist, wie niedrig seine eigenen sittlichen Begriffen sind und welcher Wert seiner ganzen sittlichen Entrüstung zuzumessen ist. Frau v. Mathusius kann es sich also nur zur Ehre anrechnen, von solchen Elementen für ihr Eintreten für die Ehre der deutschen Frau angegriffen zu werden.

Herr Henke beklagt sich dann bitter darüber, daß der Reichstag schon in Deutschland „elendiglich“ behandelt werde, daß das Ansehen des Reichstags bei den Herren vom Bundesrat nicht sehr groß sei. Wir wollen uns darüber mit Herrn Henke, soweit er mit diesen Ausführungen eine Kritik seiner eigenen Kritik an deutschen Einrichtungen kennzeichnen will, nicht streiten. Sollte sich Herr Henke aber nicht eigentlich selbst sagen können, daß eine solche Einschätzung einer Kritik, der Sachkenntnis nicht zur Seite steht, voll berechtigt ist? Wir haben jedenfalls an der Einschätzung, welche nach Herrn Henkes eigenem Dafürhalten der Stellungnahme der Sozialdemokratie von Seiten des Bundesrats und seiner Mitglieder zu teil wird, nichts einzuwenden, und schon ganz gewiß nicht in kolonialen Dingen.

Dr. Z.